

In der Stadt, in der wir leben wollen...

... sind alle Menschen bedingungslos ökonomisch abgesichert.

... ist ein bedingungsloses Grundeinkommen finanzierbar, weil die Gesellschaft nicht vor radikaler Umverteilung zurückschreckt.

... haben wir ohne Existenzsorgen Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsfreiheiten, ja sagen zu wollen und nein sagen zu können.

Aber in der Stadt in der wir leben, gibt es zwar einen Rechtsanspruch auf soziale Unterstützung in finanziellen Notlagen, jedoch keine adäquaten Mittel zur Existenzsicherung! Prekäre Lebenssituationen während des Studiums, aufgrund geringer Rente, als sogenannte/r Working poor, im Falle von Erwerbsarbeitslosigkeit sind Alltag. Die aktuelle bedarfsorientierte Mindestsicherung reicht nicht zum Leben, Einzelpersonen bekommen rund 750,-, eine Reihe von weiteren Unterstützungen werden nicht als Zusatzleistungen gewertet sondern auf den bMS-Bezug zumindest teilweise angerechnet. Voraussetzungen sind Vermögensprüfung, Arbeitsmarktzugang/Arbeitswilligkeit und Haushaltsanrechnung. Bedarfsgeprüfte Sozialleistungen sind einem ständigen Abschaffungs- und Senkungsdruck ausgesetzt, da jederzeit (bewusst) geschürt werden kann, dass einzelne Personen oder Zielgruppen zu Unrecht Transfers beziehen und Nichttransferbeziehende die Leidtragenden wären.“ Und die Bedarfsorientierung hat gehalten was sie leider versprochen hatte: Neiddebatten, Verdächtigungsklima, gesellschaftliche Spaltungswirkung, die auch noch wunderbar politisch genutzt werden kann. Erwerbsarbeit (gut bezahlt, einigermaßen sicher) gilt als Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum - wie insgesamt am gesellschaftlichen Leben. Von derartigen Arbeitsplätzen - oder überhaupt irgendwelchen Jobs - können derzeit allzu viele nur träumen. Freilich waren solche "Normalarbeitsverhältnisse" auch früher schon nicht allen zugänglich. Für die Mehrheit der Frauen und MigrantInnen war "Prekarität" immer der "Normalzustand". Teilzeit, Teilentgelt, Teilsicherheit, „Halbtagskultur“ auf der einen Seite, Überstunden ohne Ende, meist pauschal abgegolten, auf der anderen Seite. Und jeweils gilt: Die Wenigsten haben die Wahl. Machen wir doch diesen Umstand zur Abwechslung mal zum Hauptproblem!

Die KPÖ Wien fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen, personenbezogen in existenzsichernder Höhe für alle, die hier leben.

Zugleich treten wir für einen gesetzlichen Mindestlohn und eine radikale Arbeitszeitverkürzung ein. Das BGE ist nicht nur ein Mittel um Armut zu verhindern. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann: Umverteilen, mittels veränderter Steuerpolitik. Umwälzen, das System der repressiven Sozialleistungen des Arbeitszwanges etc. Eröffnen, die Möglichkeit zur Entscheidung und Wahlfreiheit.

Ein Grundeinkommen ist eine Gegenposition zur Politik von Sozialabbau, Privatisierung und dem Dogma der Selbstregelung durch den Markt. Das BGE ist ein Wegweiser für unsere Politik, die sich in einem Netz möglichst bedingungsloser Unterstützungen (Mindestpension, Kindergrundeinkommen, Bildungsgeld,...) und Zugang zu Infrastruktur (Energiegrundsicherung, Freifahrt, Bildung,...) ausdrücken kann. Es verdeutlicht unsere Haltung zu Grundrechten, Vergesellschaftung und Eigentum. Das BGE macht greifbar, macht berechenbar, was der Reichtum bedeutet, von dem wir sprechen. Das bedingungslose Grundeinkommen steht für einige grundlegende Prinzipien am Weg in eine solidarische Gesellschaft, für Haltungen und Kritik gegenüber dem herrschenden (kapitalistischen) Sozialstaat und auch unsere eigene Geschichte der Erneuerung bleibt nicht unberührt. Das BGE ist unsere Forderung und unser Kommunikationsinstrument für Fragen der Umverteilung, Vergesellschaftung, solidarischer Gesellschaft und repressionsloser sozialer Sicherheit ist. Ohne Teilhabesicherung und Inklusion Aller ist keine solidarische Gesellschaft zu machen!